

Posener Zeitung.

№ 278.

Mittwoch den 28. November.

1849.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen Publikums werden wir Ausnahmsweise für den Monat December ein Abonnement für 10 Sgr. einrichten, welches man in der unterzeichneten Zeitungs-Expedition und beim Kaufmann Herrn G. Vielesfeld am Markt zu bestellen beliebe. Wir hoffen dadurch um so mehr den Wünschen des Publikums zu begegnen, als die in diesen Monat fallende Weihnachtszeit der Zeitung besonderes Interesse zu verleihen pflegt. Abgesehen hiervon hat die seit dem 1. Oktober veränderte Redaktion es sich angelegen sein lassen, sowohl in Berlin, als auch besonders in allen bedeutenderen Städten der Provinz zuverlässige Correspondenten sich zu verschaffen; so daß sowohl hinsichtlich des allgemeinen, als auch des provinziellen Interesse den Ansprüchen der geehrten Leser genügt sein dürfte.

Posen, den 20. November 1849.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Berlin, den 26. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Rentanten des Train-Depots zu Breslau, Hauptmann Mikeletis, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen.

Se. Durchlaucht der Herzog Karl zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ist nach Dresden, und Se. Excellenz der Wirkliche Geheim Rath und Ober-Präsident der Pommern, von Bonin, nach Stettin abgereist.

Deutschland.

Posen, den 27. November.

„Will der Herr Graf ein Tänzerchen wagen,
hang' er nur an, wir spielen ihm auf!“ Figaro.

V. Die Constit. Ztg. v. 23. Abends erweist uns die Ehre eines indirekten Angriffs, indem sie eine Δ Correspondenz aus Posen den 20. November aufnimmt, welche lautet:

„Zwischen unserer Stadt und der Provinz herrscht jetzt eine eigenthümliche Stimmung hinsichtlich der Demarkationsfrage, und die Posener Zeitung, welche seit dem 1. Oct. durch einen Redaktionswechsel aus einem gemäßigt-liberalen Blatte in ein Organ des Vereins für König und Vaterland geworden ist, kann nicht umhin, beiden streitenden Parteien ihre Spalten zu öffnen. Während sie selbst bisher die entschiedenste Verfechterin der Demarkation war, ist sie jetzt ihre eifrigste Gegnerin; aber eingesandte Artikel „aus der Provinz“ beweisen, daß sie darin eben so wenig die Stimmung der ländlichen deutschen Bevölkerung vertritt, als sie früher Wortführerin der städtischen war. Je mehr sich diese Frage ihrer Entscheidung nähert, um so größer müssen ihre Schwierigkeiten erscheinen. — Es ist wahr: wenn man die Demarkation aufgibt, so ist dies nach dem Wunsche eines Theils der deutschen, das heißt, der städtischen, noch mehr nach dem der gesammten polnischen Bevölkerung. Aber wie wird man fern der Interessen beider Nationalitäten vereinigen können? Die Polen wollen keine Demarkation, weil sie die ganze Provinz polonisiert, die Deutschen, weil sie sie germanisiert wissen wollen. Jene berufen sich auf die Geschichte des Landes, auf ihr altes Eigenthumsrecht; diese sehen durch eine Schiedung der Provinz zum Theil materielle Interessen gefährdet und gönnen meist der fremden Nationalität keine politisch selbstständige Entwicklung. — Jene legen das Heil des Landes in eine später durchzuführende völlige Lösung von Deutschland, diese in seine gänzliche Aufnahme in den deutschen Bund. — Das gespannte Verhältniß beider Nationalitäten wird ein friedliches Nebeneinanderleben in politischer Beziehung nicht aufkommen lassen, und damit ist unbedingt die Nothwendigkeit gegeben, daß, bleibt die Provinz zusammen, die sie wollen oder nicht, zu Entschlüssen hingedrängt, die vielleicht eben so wenig der Einen als der Andern Wünsche ganz berücksichtigen werden. Sollen wir, daß sie wenigstens zum Heile der Provinz ausfallen.“

Wir schätzen die Constitutionelle Zeitung, aber ungefähr erst seit derselben Zeit, als die Posener Z. ihre Redaktion gewechselt hat, weil dieselbe erst seitdem pikante Leitartikel und Journalen-Berichte bringt. Wenn nun dies Blatt angriffsweise gegen uns zu Werke geht, so ist uns das in so fern lieb, als es für die Provinz nur von Nutzen sein kann, wenn ihre Angelegenheiten in den öffentlichen Organen zur Sprache kommen, weil die letzteren bisher sich wenig oder gar nicht darum zu kümmern schienen. Bei der Wichtigkeit der Demarkationsfrage für den ganzen Staat, ja für Europa — wie man sagt — ist das allerdings ein schlechtes Zeugniß für die politische Bildung jener Blätter und stehen dieselben in dieser Beziehung der Königschen Zeitung bedeutend nach, welche schon Anfangs October die Polnische Frage erörtert hat und noch jetzt damit fortfährt. Möchte auch die Nationalzeitung daran ein Beispiel nehmen, statt der achtbaren Königschen, deren Ruf als freisinniges Blatt ein längst begründeter ist, Gesinnungslosigkeit und wer weiß, was, vorzuwerfen. Durch Streit und Hader wird nie Etwas gefördert, auch nicht in der Presse!

Dies beiläufig, doch nun zurück zur Constitutionellen. Sie nennt die Posener „ein Organ des Vereins für König und Vaterland.“ Wohl, und wenn sie es wäre, le grand mal? Wenn von einem rechten Verein der Art die Rede wäre, so würde derselbe in der Posener Zeitung auch ein rechtes Organ finden. Indes, hat diese Bezeichnung leider einen bitteren Beigeschmack und steht bei der s. g. liberalen Presse (wogu die Constitut. Ztg. par excellence zu gehören sich schmeichelt, — ob mit Recht, lassen wir auf sich beruhen), in üblem Geruch. In dieser Benennung also liegt die niedrige Prime der Angehörigen! Wir pariren den commentwidrigen Hieb einfach durch die Erklärung, daß wir mit einem dergl. Vereine nie in einer Ver-

bindung gestanden haben und daher auch nicht dessen Organ sein können. Wir könnten sagen, daß uns von einem solchen Vereine hier gar nichts bekannt ist, wenn uns nicht zufällig durch ein Mitglied desselben von dessen Existenz gesprächsweise Notiz gegeben worden wäre.

Was nun den Vorwurf betrifft, daß die P. Ztg. aus einer Verfechterin der Demarkation eine Gegnerin derselben geworden ist, so erledigt dieser sich eines Theils durch den Wechsel der Redaktion, andern Theils durch die Veränderung des politischen Gesichtspunktes überhaupt. Wir haben in unseren Leitartikeln zu wiederholten Malen es ausgesprochen, daß wir in der Trennung der Nationalitäten durch eine Demarkation nicht das Rechte sehen; der Ausspruch des Ministers des Innern über die Polnische Frage in der Kammer hat uns, zu unserer Genugthuung, in unserer Ansicht nur bekräftigt und wir sehen der endlichen Lösung zwar mit der Spannung, die der Wichtigkeit der Sache angemessen ist, jedoch auch mit dem Bewußtsein entgegen, unsere Ansicht gebüht und zwar, wie wir überzeugt sind, im Interesse der Provinz und beider Nationalitäten, vertreten zu haben. Daß wir endlich auch der entgegengegesetzten Ansicht unsere Spalten nicht verschlossen, kann uns bei Unbefangenen schwerlich zum Vorwurf gereichen, spricht vielmehr dafür, daß wir den redlichen Willen gehabt, die Sache nach beiden Seiten hin nicht unerörtert zu lassen und den Vorwurf der Einseitigkeit und der Parteilichkeit zu vermeiden.

Will die Constit. Ztg. Etwas in dieser Sache leisten, so gehe sie gründlich auf die Frage ein und ihre diesfälligen Äußerungen werden uns nur willkommen sein. Ohne aber mit der Sache sich früher beschäftigt zu haben, einer solchen offenbar animösen Correspondenz Raum zu gönnen, halten wir der Würde einer politischen Zeitung durchaus für unangemessen.

Berlin, den 25. November. (Berl. N.) J. M. der König und die Königin haben gestern, in Folge der eingetretenen kalten Witterung, ihre Residenz von Sanssouci nach dem K. Schlosse in Potsdam verlegt, wo sie bis nach Neujahr zu verweilen gedenken. — Dem Vernehmen nach ist die Verordnung für die Wahlen zum Volks-hause, nach stattgehabter schließlicher Redaktion des Staatsministeriums, dem König zur Vollziehung vorgelegt. — Nachdem nunmehr die Beitritts-Verträge sämtlicher Deutschen Staaten, bis auf einige kleine Mitteldeutsch, zu dem Vertrage zwischen Oesterreich und Preußen über das Interim beim Bunde eingegangen sind, werden, wie man vernimmt, auch die K. Preuß. Commissare zur Bundes-Commission, die Herren v. Radowiz und v. Böttcher, Ende dieses Monats sich nach Frankfurt begeben, um gemeinschaftlich mit den Oesterreichischen Commissaren die Leitung der Bundes-Angelegenheiten zu übernehmen. — Der Geschäftsverkehr steigert sich hier, bei der heranrückenden Weihnachtszeit, täglich mehr. Selbst in Gold- und Silber-Arbeiten sind zahlreiche Aufträge anzuführen. — Die Vertrauensmänner der demokratischen Bezirks-Clubs wurden am 22. zusammenberufen. Es wurde beraten, eine Beschwerde bei dem Kammergerichte gegen den Polizeipräsidenten v. Hinfelbey wegen des sogenannten gewaltsamen Einschreitens der Schutzmannschaften einzureichen.

— (Köln. Z.) Graf Karl Moltke ist von Dänemark nach Wien geschickt. Preußen giebt die Danischen Friedens-Unterhandlungen nicht an das Interim ab. — Hirschfeld und Pittwiz sollen ihren Abschied gefordert haben. — Das erste Garde-Regiment und Garde du Corps sollen Elite-Regimenter werden, zur Ausbildung von Unteroffizieren und Stabsoffizieren für die Armee. — Nach langen Verhandlungen ist nunmehr auch der Tag für den Zusammentritt des Reichstages definitiv festgesetzt worden. Es ist, wie wir aus bester Quelle vernehmen, der 1. März k. J., an welchem die Eröffnung in Erfurt erfolgen soll. Die Wahlen werden, wie mehrfach erwähnt, am 31. Januar nach einem in diesen Tagen zu publicirenden Wahlgeseze im ganzen Lande stattfinden. Man hofft nunmehr, daß bis zu dem angegebenen Zeitpunkt die hiesigen Kammern, deren Vertagung wegen des abgelautenen Wahlmandats der ersten Kammer ohnehin im Februar erfolgen muß, ihre wichtigsten Arbeiten erledigt haben. Dadurch erhalten dann die Mitglieder derselben, so wie auch das Staatsministerium, zureichende Muße, um alle Kräfte auf die Deutschen Verhandlungen zu verwenden. Uebrigens

hat es der diesseitigen Regierung, wie man hört, große Mühe gekostet, um den Verwaltungsrath dahin zu disponiren, daß er Erfurt zum Sitz des Reichstages bestimme.

— (Köln. Z.) Als Herr von Bodelschwingh in der vorletzten Sitzung des Verwaltungsrathes die ersten Hannoverisch-Sächsischen Noten übergab, welche auf vertragswidrigem Wege nicht dem Verwaltungsrathe, sondern der Preussischen Regierung zur Uebermittlung an denselben zugesandt worden waren, sprach sich sofort allseitig die Ansicht aus, daß man weiteren ähnlichen Fällen durch ein Schreiben an die Königl. Preussische Regierung zuvorkommen möge. Dies geschah auch, indem man mit Beziehung auf S. 2. des Vertrages vom 26. Mai: „Uebrigens liegt den Mitgliedern des Verwaltungsrathes ob, alle Communication zwischen der Krone Preußen und ihren respectiven Regierungen über die Angelegenheiten, welche mit dem gegenwärtigen Bündnisse zusammenhängen, zu ermitteln,“ darauf hinwies, daß jede weitere Vertrags-Verletzung Seitens der erwähnten beiden Staaten durch sofortige Zurückweisung der etwa versuchten neuen Einsendungen zu beseitigen sein möchte. Die erwähnten Noten selbst ließ der Verwaltungsrath unberücksichtigt.

Breslau, den 23. November. (Berl. N.) Heute früh hat Jacob Benedey von der Polizei den Befehl erhalten, die Stadt binnen 24 Stunden zu verlassen.

PPC Stettin, den 23. November. Der Beschluß des Verwaltungsrathes, nachdem die Wahlen zum Volks-hause des Deutschen Parlaments am 31. Januar k. J. stattfinden sollen, hat auch hier bei der großen Mehrheit der conservativen Partei lebhafteste Theilnahme erregt. Vor dieser Thatsache müssen die letzten Zweifel an der Aufrichtigkeit und wahrhaft Deutschen Gesinnung der Preussischen Regierung verstummen. — Um so mehr wird es aber auch Pflicht der conservativen Partei sein, die Schritte des Ministeriums kräftig zu unterstützen und durch ein festes Zusammenhalten solche Männer in das Deutsche Volks-haus zu wählen, welche wahrhaft befähigt sind, die große ihm vorliegende Aufgabe zu erfüllen. — Nach den Äußerungen der hiesigen demokratischen Blätter, so wie der Redner des hiesigen Volksvereins läßt sich annehmen, daß die Demokratie zum Deutschen Reichstage nicht wählen wird. Statt dessen hat sie hier und in mehreren Orten der Provinz die Todtenfeier des „gegen alles Völkerecht hingemordeten Robert Blum des ersten Märtyrers der Deutschen Einheit“ veranstaltet und agitirt jetzt für die Unschuld Waldcks. Es ist ihr bis jetzt jedoch nicht gelungen die beabsichtigte Aufregung hervorzurufen. — In der neuesten Nummer des hiesigen Amtsblattes hat die Königl. Regierung eine ausführliche Bekanntmachung über die am 3. Dezember d. J. stattfindende allgemeine Volkszählung erlassen. Der Ausfall dieser Volkszählung ist auch in finanzieller Beziehung für den Preussischen Staat von Wichtigkeit, da nach der Kopfszahl der Bevölkerung der auf Preußen fallende Antheil der Zollvereins-Revenüen berechnet wird. — Die Berlin-Stettiner-Eisenbahn hat in den ersten 9 Monaten d. J. bereits eine Mehr-Einnahme von 49,020 Rthlr. abgeworfen. Nimmt man an, daß die Einnahme der letzten 3 Monate der des Jahres 1848 auch nur gleich bliebe, so würde den Aktionären bereits eine Dividende von 5% gesichert sein. — Die Bewilligung der Ostbahngelder eröffnet dieser Bahn neue Aussichten, indem der große östliche Handelsweg künftig über Stettin seine Richtung nehmen wird. Die Posener Eisenbahn ist bis jetzt von keinen so erheblichen Einfluß gewesen, wie man am leichtesten aus dem Durchgangsverkehr ersieht, welcher äußerst gering ist. — Man zieht den bedeutend kürzeren Chausseeweg von Posen nach Berlin dem Umwege über Stettin vor. Der Stettin-Posener-Bahn eröffnen sich dagegen neue Aussichten durch den Fortbau nach Breslau, welcher wie wir wiederholt gehört haben, gesichert sein soll. — In den letzten Tagen dieses Monats wird hier eine General-Versammlung der ökonomischen Gesellschaft für Pommern stattfinden. — Vor einigen Tagen ist in der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung die Frage über die Abschaffung der Schlächt- und Wahlsteuer debattirt worden. Die Versammlung hat sich jedoch mit überwiegender Stimmenzahl gegen dieselbe entschieden; ebenso hat dieselbe den Vorschlag des Magistrats mit den 10 größten Städten des Landes über diese Steuerfrage in Berathung zu treten abgelehnt. — Die Getreideerndte kann nach den jetzt vorliegenden Resultaten im Durchschnitt als eine Mittelerndte angesehen werden. Auch die Karthoffeln liefern einen mittleren Ertrag. — Der zweite Schnitt der Wiesen und Kleefelder fiel sehr günstig aus, auch lieferte das Korn obft einen reichhaltigen Ertrag. — Die Stralsunder Kaufmannschaft beabsichtigt, eine kaufmännische Bank für Neu-vorpommern zu begründen. Auch soll daselbst eine Darlehnskasse für Handel, Industrie und Handwerk errichtet werden. — Seit dem 15. October ist auf Staatskosten eine besondere Unterrichtsanstalt für die

Ausbildung von Schiffen in Kolberg errichtet und somit einem wirklichen Bedürfnis unserer Hafenstadt abgeholfen worden.

Stettin, den 23. November. (Berl. N.) Mit großem Eifer werden in der Stadt Unterschriften zu einer Petition an die Kammer gegen die Civilehe gesammelt.

Königsberg, den 20. November. (Nordb. Z.) In hiesigen Lokalblättern und auch in einer Correspondenz in der Deutschen Reform wird dem Direktor des Inquisitorats, Hrn. Fischer, der Vorwurf gemacht, daß er dem Dr. Jacoby gestattet, in seinem Gefängnis Besuche anzunehmen, die in förmliche Soireen ausarten. Herr Fischer hat sich darüber gerechtfertigt, scheint indeß die Thatsache selbst nicht in Abrede zu stellen, wenn sie auch ohne sein Wissen stattgefunden hat. Es ist übrigens Vorsorge getroffen, daß ein solcher Mißbrauch der Gefängnisfreiheit abgestellt wird. Bei der Auswahl der Geschworenenliste für die nächsten Assisen ist eine strenge Rücksicht auf politische Unbescholtenheit genommen.

Kolberg, den 18. November. (Berl. N.) Heute wüthete hier selbst aus N. N. Ost ein furchtbarer Sturm, der drei Schiffe an unserer Küste scheitern machte und die Moolen auf wahrhaft furchtbare Weise zerstörte. Die Kraft der Wellen war so gewaltig, daß sie die ungeheuren Steine der Moolen ganze Strecken fortgeschleudert hat.

Elberfeld, den 20. November. (Köln. Z.) Man hört, daß unser Stadtrath von Regierung wegen aufgelöst ist, und zwar in folgender Weise: 1) Die Herren K. Hecker und Dr. Höpfer sind auf Lebenszeit nicht mehr wählbar; 2) die Herren Peters, Schlösser und Blanke dürfen in fünf Jahren nicht mehr gewählt werden; 3) die Uebrigen (mit Ausnahme eines Einzigen) sind auf ein Jahr suspendirt.

Düsseldorf, den 22. November. (Köln. Z.) Nachdem der Gemeinderath in seiner Sitzung vom 6. d. eine Loyalitäts-Adresse an den König und deren Ueberreichung durch eine Deputation beschlossen und die Deputation sich ihres Auftrags entledigt hatte, verlas der G. V. Friderichs in der heutigen Sitzung des Gemeinderathes als Berichterstatter der Deputation die Verhandlung über die bei dem Könige am 15. d. M. erhaltene Audienz. Der König war tief ergriffen und erwiderte mit bewegter Stimme unter Anderem: Ich will hoffen, daß die Stadt Düsseldorf durch die That beweisen werde, daß der Sinn für Ordnung und Recht und die alte Treue zu meinem Hause noch unter ihnen lebe; aber ich kann und darf es nicht verschweigen, daß mir sowohl schriftlich als mündlich mitgeteilt wurde, daß bei der bevorstehenden Neuwahl von Gemeinde-Verordneten solche Elemente wieder in den Rath eintreten könnten, von denen ich denselben frei erhalten zu sehen wünsche. Und wenn Jenes geschähe, so würde ich zu meinem Bedauern die Beneficien, die mein hochseliger Vater der Stadt zugewendet, derselben nicht ferner erhalten können. Ist diese Furcht aber unbegründet, und die mir jetzt kundgegebenen Gesinnungen der Bürgerschaft und des Gemeinderathes beseitigen diese Furcht, so dürfen Sie versichert sein, daß wir wieder die Alten sind. — Dem Könige wurde nun von Seiten des Gemeinde-Verordneten, Notar Coninx noch bemerkt, daß meistens fremde Personen die Aufregung in der Stadt hervorgerufen und unterhalten hätten, und daß die Macht des Gesetzes damals fast überall gelähmt gewesen sei, worauf Se. Majestät unter Anderem erwiderte: „Das wüßten Sie wohl, selbst in Berlin sei die Aufregung durch Fremde entstanden, die verderbliche Gesinnung gleichwohl nach einigen Wochen in diejenige Bevölkerung eingeschlichen, die Anfangs der Anarchie Widerstand geleistet, und er werde auch nach Berlin nicht zurückkehren, bis der alte Sinn für Ordnung und Recht wieder erstarkt sei u. s. w.“ Nachdem Se. Majestät noch mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation sich längere Zeit über ihre persönlichen Verhältnisse unterhalten, wurden dieselben mit einem herrlichen Handschlag und den Worten entlassen: „Meine Herren! Sie haben mir eine recht frohe Viertelstunde bereitet. Sagen Sie dies Ihren Committenten und leben Sie wohl.“

Frankfurt, den 21. November. Die Ministerial-Beamten im Reichs-Ministerium haben, seit ihnen das Interim drohend näher rückt, sich mit einem Collectiv-Gesuch an den Erzherz. Reichsverweser gewandt, um dessen Vermittelung zum Zweck ihrer Uebernahme in den Dienst der späteren Bundesgewalt zu erbitten. Das Gesuch ist so kriegend, daß die Beamten des Handels-Ministeriums — dessen Lokal, beiläufig bemerkt, der Handels-Minister, Herr Detmold, noch mit keinem Fuße betreten hat — sich geweigert haben, sich daran zu betheiligen. (Köln. Ztg.)

Rastatt, den 19. November. In 14 Tagen bis 3 Wochen werden Oesterreichische Truppen hier einrücken und sind bereits Localitäten für deren Unterbringung eingerichtet. Auch spricht man davon, daß das Frankfurter Bataillon im Laufe dieses Monats eintreffen soll. — Es treffen täglich Preussische Rekruten hier und in Karlsruhe ein, welche zu ihren respectiven Regimentern zu stoßen haben. (Frankf. Z.)

Dresden, den 22. Novbr. (Leipz. Ztg.) In beiden Kammern hat heute die Konstituierung und die Verpflichtung der Abgeordneten stattgefunden. Nachdem die gewählten Präsidenten (in der ersten Kammer Georgi, in der zweiten Kammer Cuno) die Sitzung durch die Mittheilung eröffnet hatten, daß Se. Majestät der König die Wahl der Direktoren bestätigt und sie heute Morgen als Präsidenten der Kammern in Pflicht genommen habe, übernahmen dieselben die Leitung der Geschäfte, erklärten die Kammern für constituirt, entließen das provisorische Direktorium, dem sie für die Führung des Amtes ihren Dank aussprachen, und schritten sodann zur Verpflichtung der Abgeordneten. Diejenigen Abgeordneten, welche jetzt zum ersten Male in der Kammer sitzen, hatten den im §. 82 der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Eid, diejenigen, welche schon früher einmal in der Kammer Sitz gehabt, unter Verweisung auf diesen Eid den Handschlag zu leisten.

Stuttgart, den 20. November. (Köln. Z.) Die Tagesfrage:

„die durch die Staatsregierung geänderte Eidesformel“, beschäftigt fortwährend in hohem Grade sowohl die politischen Vereine, wie die Presse. Der Landes-Ausschuß der Volksvereine, dieses vielköpfige Haupt der demokratischen Partei unseres Landes, erklärt sich mit allen demokratischen Organen entschieden gegen jene Abänderung der Eidesformel durch königliche Verordnung und findet in derselben eine Verletzung der Verfassungs-Urkunde, für welche die kommende Ständekammer die gegenwärtigen Minister verantwortlich machen werde. Die heutige Nummer der „Württembergischen Zeitung“ enthält einen diese Frage besprechenden, vom Staatsrath Römer verfaßten, Aufsatz, welcher nicht ohne Einfluß auf diesen Gegenstand sein wird. Römer gesteht in dieser Kundgebung der Regierung das Recht zu, gestützt auf den §. 89 der Verfassung, an die Stelle derjenigen Mitglieder, welche etwa die Leistung des nunmehr vorgeschriebenen Eides verweigern sollten, andere Wahlen unter Anwendung des Wahlgesetzes vom 1. Juli d. J. anzuordnen. Von hoher Bedeutung sind namentlich die warnenden Worte, durch welche Römer am Schlusse seiner Erklärung den Demokraten zutrifft, sie möchten ja nicht glauben, daß es ihnen in dieser Frage gelingen könne, neue Aufregung im Lande hervorzurufen; die Zeiten hätten sich sehr geändert, und namentlich hätten die Vorgänge in Baden Manchem die Augen geöffnet und gezeigt, wie die Agitation für die Reichs-Verfassung von einer gewissen Partei zu verstehen sei, und endlich, welches die eigentlichen Zwecke des Rumpf-Parlaments gewesen seien, als sich dasselbe nach Stuttgart übersiedelt habe. Römer hat durch diese Erklärung, welche ihm von den Demokraten sehr übel wird genommen werden, der Staatsregierung einen großen Dienst erwiesen.

Oesterreich.

LNB Wien, den 23. November. Die Geld-, Gold- und Silberrendungen aus den Ungarischen Bergstädten langen wieder, wie es vor der Insurrektion der Fall war, von Monat zu Monat im hiesigen Münzamt an. Zur größeren Sicherheit werden diese Transporte außer den bewaffneten Bergwerks-Heiducken auch von Militär begleitet. — Mittels Eisenbahn kamen gestern für das Haus Rothschild 109½ Ctr. Gold und Silber von Paris hier an. — Hr. Sadik, früher K. K. Oberlieutenant, dann General der Ungarischen Infanterie-Armee, wurde in Pesth zu 20jährigem Festungsarrest in Eisen verurtheilt und diese Strafe vom 7. 3. M. Haynau — aus großer Milde — um 2 Jahre vermindert. — Seit einer kurzen Zeit veräußern mehrere der größeren Grundbesitzer ihre Güter in Ungarn. So die Grafen Zichy, Esterhazy und Szapary, welche ihre im Wieselburger Comitae gelegenen Besitzungen theilweise schon verkauft. So hat auch Fürst Esterhazy den Marktstecken Kittsee auf längere Zeit verpachtet. — Alle zur Dienstleistung in Ungarn zugetheilte gewesenen K. K. Beamten, welche während der Insurrektion ihre Posten eigenmächtig verließen und auf an sie ergangene Aufforderung nicht zurückkehrten, werden aus dem Staatsdienste entlassen. — Die königliche Zeitung bringt ein Schreiben Cobden's an den Oesterreichischen Minister Dr. Bach in Betreff der in Ungarn in Anwendung gekommenen Strafurtheile, dessen Echtheit trotz der diesfälligen Versicherungen schon darum in Zweifel zu ziehen ist, weil Englische Blätter davon keine Erwähnung machen. — Im Widerspruche mit verschiedenen Voraussetzungen wird die Wiederbesetzung Rastatts durch Oesterreichische Truppen angekündigt. — Die neue Kettenbrücke zwischen Pesth und Ofen wird als ein Meisterstück der Brückenbaukunst bewundert; der hohe Tarif giebt dagegen vielfältigen Stoff zur Kritik.

LNB Wien, den 24. Novbr. Hr. Spitzer, durch seine mathematischen Arbeiten in der gelehrten Welt rühmlichst bekannt, wurde als Assistent des Lehrstuhls für Elementar- und höhere Mathematik am hiesigen polytechnischen Institute angestellt. Er ist, so viel wir wissen, der dritte Israelit, welcher in Oesterreich eine fixe Anstellung im Lehrfache erhalten hat, indem ihm hierin die Professoren Wessely und Goldenthal in den hebräischen Lehrfächern an den Universitäten zu Prag und Wien vorangegangen sind. — Der Priester Grölich, früher Cooperator in der Olmüger Diözese, welcher Dienste in der K. K. Armee nahm, wurde durch ein Olmüger Episkopal-Edikt als Apostat erklärt. Falls er nach seiner Entlassung aus dem Militärdienste nicht in den Schooß der Kirche zurückkehrt, wird er am ersten Decbr. l. J. exkommuniziert werden. — Das Krakauer Blatt „Glas“ macht in einer seiner letzten Nummern eine furchtbare Schilderung von dem Leben in dem Jasloer Kreise. In Galizien giebt es kein unglücklicheres Geschöpf, als den heutigen Grundherren. Alles hat sich gegen ihn verschworen. So gar seine Halbbrüder kämpfen mit ihm. Das laufende Jahr war reich an Unfruchtbarkeit, noch verringert durch die Unlust des Landvolks. Niemand wollte ohne angemessene Entschädigung arbeiten. Man hatte sich das Wort gegeben und hat es auch gehalten. Die Regierung, ansehnlicher Vorräthe an Nahrungsmitteln für das ihm ergebene Militär bedürftig und beabsichtigend, den Grundherren zu unterstützen, traf die Verfügung und ließ an das Landvolk die Aufforderung ergehen, damit dasselbe seinem ehemaligen Grundherren bei der Ernte unterfüge, allein die Aufforderung hatte einen entgegengesetzten Erfolg und anstatt der Hülfe, wurde eine beweinenswerthe Lage dem Grundherren zu Theil. Der Bauer thut seinem Herrn und Nachbar Abbruch, wo er kann; er weidet ihm die Wiesen und Feldfrüchte aus, hantet ihm die Wälder nieder und dergl. mehr. Man lebt dort in der vollkommensten Anarchie; das Eigenthumsrecht ist nicht gesichert. Wenn man sich nicht selbst Gerechtigkeit schafft, hat man keine zu hoffen. — Es ist gegenwärtig ein Projekt im Werke, den Nincio von seinem Ausflusse aus dem Gar-da-See bis zu seiner Mündung in dem Po schiffbar zu machen, wodurch auch alle Befestigungen in Mantua und Peschiera geregelt würden. Bei Peschiera wird ein Landungsplatz für die Kriegsschiffe des Lago di Garda hergestellt. — Die Stadt Bologna wird von den K. K. Truppen stark besetzt. — In Krakau zirkulirt eine Bittschrift, worauf Juden und Christen unterschrieben sind und welche den Zweck hat, zu bewerkstelligen, daß die Juden ihr Ghetto nicht verlassen sollen, weil dadurch ihr Glaubensdogma verlegt würde. — Die Leitung der Telegraphendrähte sollte bekanntlich unterirdisch mittels einer Umkleidung von Gutta-Percha geschehen. Mehrere Erfahrungen haben aber bewiesen, daß die Gutta-Percha von den Ratten verwüstet werde. Man ist daher in neuerer Zeit wieder auf die schon früher angeregte Idee zurückgekommen, den Draht durch bleierne Röhren zu führen. — Aus Prag wird

gemeldet, daß die Redacteurs der „Narodny Nowiny“ und der „deutschen Zeitung“ aus Böhmen sich bei dem Minister Bach wegen Herstellung eines Rechtszustandes für die Presse, verwendet haben. Eben daher wird durch die in der gestrigen Nummer der Constitutionellen Blätter für Böhmen enthaltene Aeußerung der Redaction die weitere Fortdauer des Belagerungszustandes für Wien (und wohl auch für Prag) in bestimmter Aussicht gestellt.

Frankreich.

Paris, den 20. Nov. Die Verwandten Louis Napoleon's machen ihm jetzt schon viel zu schaffen; welche Last werden sie erst für ihn sein, wenn er einmal die Kaiserkrone trägt! Napoleon Bonaparte geht als Gesandter nach Mailand und verläßt, ohne seinen Vorgesetzten, den Minister der äußeren Angelegenheiten, davon in Kenntniß zu setzen, geschweige dessen Erlaubniß zu verlangen, seinen Posten, so daß, hätte nicht zufälligerweise das schönste Beispiel dieser Pflichtvergessenheit begünstigt, und die Regierung die Rückkehr des Gesandten durch den Telegraphen erfahren, sie erst bei seiner Ankunft in Paris gewußt hätte, daß sie am Hofe von Madrid nicht mehr vertreten sei. Der Vater dieses dreitägigen Vorgesetzters übernimmt das Amt eines Gouverneurs der Invaliden, allein wie ihm diese Würde und vielleicht auch die Sendung zusagte, die Asche seines Bruders wie der andern Helden im Dome der Invaliden zu bewachen, so sagen ihm die übrigen Pflichten seines Amtes nicht zu, und so oft die sterblichen Ueberreste eines höheren Offiziers, und wäre es ein Marschall, in „die ewige Wohnung der Helden“ einzulegen, ist der Pfortner sie zu empfangen verbindlich. Ein anderer Vetter, Pierre Bonaparte, glaubt sich eines Tages berechtigt, in der National-Versammlung seinem Nachbar eine Danksagung zu geben, weil dieser gegen den Präsidenten der Republik ehrenrührige Aeußerungen ausgesprochen. Das Gericht verurtheilt ihn mit einer höfischen Nachsicht, die unter dem Kaiserreiche ausfallen wäre, zu 200 Frs. Strafe und in die Prozeßkosten. Doch Hr. Pierre Bonaparte begreift, daß nach einem solchen Urtheil seine Gegenwart in der Kammer leicht neue Vorfälle der Art veranlassen könnte und fühlt daher das Bedürfnis eines Luftwechsels. Aber wohin und in welcher Eigenschaft gehen? Als Gesandter irgend einen Hof? Das ging nicht recht an; denn man hätte schließlich an irgend einem Hofe einen Mann gut aufgenommen, der eben die Hallen des Zuchtpolizeigerichtes verlassen. Was also ihm anfangen? Wäre die Fremdenlegion nicht schon erfunden gewesen, man hätte sie für Pierre Bonaparte erfinden müssen; denn nirgends konnte er so passend angebracht werden, als in dieser Schaar von Haus aus rausflügender und abentheuerlicher Leute aller Länder, die Frankreich in Afrika disciplinirt. Pierre Bonaparte erhielt also den Grad eines Bataillons-Commandanten in der Fremdenlegion in Constantine. Doch kaum war er acht Tage im Feuer, als er sich nach den Fleischtopfen von Paris zurückkehrte, und wie früher sein Vetter Napoleon Bonaparte in Madrid, verläßt er seinen Posten in Constantine fast im Angesicht des Feindes. Er entschuldigt sich damit, daß er nur auf eine bestimmte Zeit zu dienen sich anheischig gemacht, daß diese Zeit abgelaufen, er in seiner Eigenschaft als Volkvertreter, die er nie aufgegeben, Niemandem für die Rückkehr auf seinen Sitz in der National-Versammlung Rede zu stehen habe. Der Präsident der Republik hat seinen Vetter der Stelle eines Commandanten entzogen; da aber Pierre Bonaparte dieselbe bereits thatsächlich ausgeübt, so liegt in dieser Entsetzung keine Züchtigung für das gegen die Disciplin begangene Vergehen, und der „National“ fragt mit Recht, warum man Herrn Pierre Bonaparte nicht wie einen anderen Offizier vor ein Kriegsgericht gestellt habe. Das Kriegsgericht wäre am Ende nicht strenger gewesen gegen den Vetter des Präsidenten, als einst das Zuchtpolizeigericht. In der Republik ist man überhaupt viel nachsichtiger mit den Sünden der Prinzen, als in der Monarchie. (Köln. Z.)

Der „Moniteur“ enthält ein Dekret L. Napoleon's, wodurch Pierre Bonaparte auf den Bericht des Kriegsministers seines Ranges und seiner Stelle als Bataillonschef der Fremdenlegion entsetzt wird, weil er, statt nach Algier zu gehen, wohin ihn General Herbillon mit Aufträgen an den General-Gouverneur beordert hatte, sich zu Philippeville einschiffte, um nach Paris zurückzukehren, während es ihm in seiner Stellung weder zustand, seinen Posten ohne Erlaubniß zu verlassen, noch über die Zweckdienlichkeit seiner Rückkehr nach Paris eigenmächtig zu entscheiden. — Die Contumacial-Verurtheilten des 13. Juni sind mit der Aufstellung ihrer Namen am Pranger verschont worden, da die Regierung es unterlassen hat, in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von drei Tagen diese Formalitäten zu erfüllen. Die öffentliche Meinung hatte sich in den Organen fast aller Parteien gegen diese Gleichstellung der politischen Verurtheilten mit gemeinen Verbrechern sehr entschieden ausgesprochen. Einige Volksgruppen hatten gestern und heute vergebens vor dem Justizpalaste der Aufstellung des Prangers; es war jedoch kein Anzeichen bemerklich, daß eine eigentliche Manifestation beabsichtigt werde. — Der Polizeipräsident Carlier hat in verwichener Nacht plötzlich den Ausbruch der politischen Gefangenen, welcher in deren Namen mitunter Protestationen wegen harter Behandlung, schlechter Nahrung u. vers. öffentliche, mit zwei politischen Gefangenen, die sehr lärmende Beschwerden zu erheben pflegten, aus St. Pelagie wegbringen lassen; wohin wird nicht gesagt. (Köln. Ztg.)

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung spricht Raspail Sohn für die Inbetrachtung seiner Vorschläge, die Unverträglichkeit zwischen dem Gewerbe einerseits und den Funktionen eines Ministers zu erklären. „Gibt es in Paris eine Spielhöhle, die man die Börse nennt. Die Leute, die mit derselben in Verbindung stehen, dürfen nicht Minister sein. Ein Banquier, der Minister ist, kann beim Empfange einer wichtigen Nachricht, welche den Fall der Renten bewirkt wird, in die Alternative gerathen, sein Privat-Vermögen ruinirt zu sehen oder seine Beamtenpflichten zu verletzen. Man spricht von einem Minister der Monarchie, der während seiner Anwesenheit an der Spitze der Geschäfte von seinem Gehalt, das 100,000 Franken jährlich betrug, 1½ Million gespart hat. (Anspielung auf Thiers. Lebhafter Sturm auf der Rechten: Nennen Sie ihn! Nennen Sie ihn! — Der Präsident Dupin tadelt den Redner, der bei seiner anonymen Angabe beharrt, und ruft ihn zur Ordnung, droht ihm zuletzt sogar mit der Censur.) Ein anderer Minister, Tesse, hat dritte Personen benützt, um Bankgeschäfte zu machen. Er ist verurtheilt worden; allein die großen Diebe wohnen in Gefundheits-Anstalten und die politischen Verurtheilten schliefen am auf die Galerien. Um noch eine Thatsache anzuführen: am 24. Februar hat man in den Tuilerien einen Brief eines Souverains an Louis Philippe vorgelesen, worin es heißt: „Ihre Minister

